

Neues aus Stelle

und aus
Achterdeich • Ashausen • Büllhorn
Fliegenberg • Rosenweide • Wuhlenburg



**ORTSVEREIN
STELLE
SPD**

www.spd-stelle.de

Dezember 2020

Es werde Licht – Straßenbeleuchtung wird saniert



Wer in Stelle kennt die Situation nicht.

Oftmals bleiben in Stelle ganze Straßenzüge im Dunkeln. Für die Bürger ist es insbesondere in der kalten Jahreszeit lästig und manchmal auch gefährlich, abends ohne ausreichende Beleuchtung unterwegs zu sein. Die Gemeinde muss viel Geld ausgeben, damit Fachfirmen die Fehler mühsam suchen und beheben.

Die SPD-Fraktion im Steller Gemeinderat hat bereits im Frühjahr den Antrag gestellt, durch einen Gutachter den Ist-Zustand der Straßenbeleuchtung in Stelle zu untersuchen, und ein Gesamtkonzept für eine zukunfts-orientierte Beleuchtung der Steller Fußwege vorzustellen.

Dazu gehört auch, den Einsatz von insektenfreundlichen Beleuchtungskörpern zu untersuchen. Einstimmung wurde dieser Vorschlag in den Gemeinderatsgremien angenommen.

Auf Initiative der SPD geht es jetzt voran. Obwohl das Gutachten noch nicht endgültig fertiggestellt ist, hat nun der Gemeinderat auf Anregung der SPD-Ratsmitglieder mit großer Mehrheit beschlossen, 200 Tsd. Euro für die Modernisierung der Straßenbeleuchtung in den Haushalt 2021 einzustellen.

Das ist sicher nur der erste Schritt hin zu einer modernen Beleuchtung in Stelle. Bis wir mit diesem Thema durch sind, wird noch das eine oder andere Jahr ins Land gehen. Aber wir bleiben natürlich für die Steller Bürgerinnen und Bürger am Ball. Erfreulich ist, dass auch die anderen Fraktionen und Gruppierungen im Steller Gemeinderat diesen Vorschlag der SPD zugestimmt haben.

**Die SPD fordert:
Stelle muss eine der modernsten
Straßenbeleuchtungssysteme im ganzen Landkreis erhalten. Dafür setzen wir uns mit
aller Kraft ein.**

Heinz-Dieter
(Ratsmitglied)

Adamczak



Stolperfallen beseitigen – Gehwege vorrangig instandsetzen



So wichtig auch die Unterhaltung der Straßen ist, hierfür sind in 2021 EUR 658.000 eingeplant, die Sanierung der Gehwege sollte eine ebenso hohe Priorität haben. Straßen sind bei kleinen Schäden mit den PKW's ohne weiteres befahrbar, bei Gehwegen sieht das schon ganz anders aus. Selbst bei kleineren Unebenheiten entwickeln sich Gehwege zu Stolperfallen, dies gilt insbesondere für unsere älteren Mitbürger.

Unseren Antrag, für die Gehwege in den Straßen Am Sandberg und Hansastraße bereits jetzt EUR 48.000 für die Sanierung einzuplanen, sehen wir daher als einen ersten Erfolg. Andere Gehwege haben sicherlich ähnliche Schäden aufzuweisen, wir bleiben an diesem Thema dran.

Bernd Henke, SPD Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat

Gesundheit geht vor Vorschriften

Die Kreuzung Bardenweg/Unter den Linden ist für viele Bürgerinnen und Bürger aus Stelle ein Knotenpunkt mit großem Gefährdungspotential. Sie wird von vielen Verkehrsteilnehmern (Fußgänger, Radfahrer, motorisierter Verkehr, Schulbusse) genutzt. Nicht grundlos haben besorgte Eltern eine Elternlotseninitiative ins Leben gerufen, damit Kinder und Jugendliche auf dem Weg zur Kita, Schule und Freibad sicher diesen Bereich überqueren können. Dank deren engagierten Einsatzes können viele Kinder und Jugendliche sicher über die gefährliche Straße kommen.



Bereits Ende 2018 hat deshalb die SPD-Fraktion gefordert, ein Planungsbüro zu beauftragen, um nach Lösungsmöglichkeiten für die Verbesserung der Sicherheit dieser Kreuzung zu suchen.

Seitdem gab es zahlreiche Diskussionen innerhalb des Gemeinderates, wie dieser Kreuzungsbereich entschärft werden kann. Angedachte Lösungsmöglichkeiten waren ein Minikreisverkehr, eine Fußgängerampel oder eine Tempo-30-Zone. Alle diese Vorschläge haben Vor- und Nachteile. Entweder waren sie zu teuer oder erreichten nicht den Zweck. Da die Straße „Unter den Linden“ eine Kreisstraße ist, hat jedoch immer die Landkreis das letzte Wort und muss in die Diskussionen einbezogen werden.

Ich will hier nicht alle Schritte aufzählen, die unternommen wurden, um die Kreisverwaltung zum Handeln zu bewegen. Gebracht hat es bisher nicht. Auf der letzten Kreistagssitzung habe ich im Rahmen der Bürgerfragestunde den Landrat gefragt, ob erst ein Kinder zu Schaden kommen müsse, bevor gehandelt wird und ob er das verantworten könne. Die Antwort war ausweichend und er hat mich an einen Mitarbeiter verwiesen. Der Mitarbeiter hat mir versprochen, dass er mit mir Kontakt aufnehmen würde. Keine



Überraschung, nichts ist passiert.

Auch die Gemeindeverwaltung hat sich an die Kreisverwaltung gewandt und einen Antrag auf Ausweisung einer Tempo-30-Zone gestellt.

Offizielle Antwort:

Der Landkreis lehnte den Antrag der Gemeinde auf Einführung einer Tempo-30-Zone ab. Keiner der bisher registrierten Unfälle seien auf überhöhte Geschwindigkeit zurückzuführen, so die Kreisverwaltung.

Ein Abweichen von der aktuell zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h dürfe nur angeordnet werden, wenn eine besondere Gefahrenlage wie z. B. starkes Gefälle, enge Kurven, ein unübersichtlicher Fahrbahnverlauf oder eine schmale Fahrbahn in Verbindung mit hohem Fußgängeraufkommen, vor allem von besonders schutzbedürftigen Personen gegeben sei oder auch unzureichender Gehwegausbau. Aus Sicht des Landkreises liegt keiner dieser besonderen Umstände hier vor!!

Des Weiteren weist der Landkreis auf § 3 Abs. 1 und 2a StVO hin. Dort heißt es, wer ein Fahrzeug führt, darf nur so schnell fahren, dass das Fahrzeug ständig beherrscht wird. Deshalb müsse sich jeder so verhalten, dass eine Gefährdung schwacher Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen ist. Außerdem sei das Überqueren darüber hinaus an Schultagen durch ehrenamtliche Elternlotsen unterstützt. So die zusammengefasste Antwort des Landkreises an die Gemeinde Stelle.

Bei dieser Haltung des Kreises kommt das Blut in Wallung. Die Straße weist kein Gefälle auf, sie hat keine engen Kurven, der Fahrbahnverlauf ist nicht unübersichtlich, das Fußgängeraufkommen vor allem von schutzbedürftigen Personen ist nicht hoch? Reden wir von der selben Kreuzung?

Letztlich wird das ehrenamtlichen Engagement von Elternlotsen zum Anlass genommen für eigene Untätigkeit. Und außerdem, wenn sich jeder angemessen verhält, kann eh ja nichts passieren. Diese Begründungen fürs „Toter-Hund“-spielen des Landkreises sind dreist. Immerhin hat der Landkreis zugesagt, Anfang des Jahres zu weiteren Gesprächen nach Stelle zu kommen. Hört, hört.

Muss tatsächlich erst ein Unfall mit einem Kind passieren, damit die Kreisverwaltung und an der Spitze der Landrat aus ihrer Schlafposition in die Senkrechte kommen? Kann es wirklich sein, dass behördliche Vorschriften für den Landrat und die Kreisverwaltung wichtiger sind als die Sicherheit unserer Kinder? Sind Vorschriften nicht auch Auslegungssache?

Die SPD wird nicht locker lassen, bis alle demokratischen Möglichkeiten der Einflussnahme auf den Landkreis und den Landrat ausgeschöpft sind. Der Gemeinderat in Stelle zieht hier mit der Gemeindeverwaltung an einem Strang. Und keine Sorge, wir haben noch ein paar Pfeile im Köcher. Hartnäckig sind wir auch.

Ich fordere:

Kein Kind in unserem Wohnort darf durch gefährliche Straßen in seiner Gesundheit gefährdet werden. Ein sicherer Schulweg steht über der Einhaltung von Vorschriften.

Heinz-Dieter Adamczak
(Ratsmitglied)



Nahversorger für Ashausen:

Satzungsbeschluss wurde gefaßt!

Gut, dass wir nicht locker gelassen haben und im September 2018 den Antrag gestellt hatten, die Fläche am Büllhorner Weg („Alter Kuhstall“) für die Nutzung als Lebensmitteleinzelhandel zu prüfen. Jetzt ist im Gemeinderat der Satzungsbeschluss erfolgt und eine Eröffnung kann im nächsten Jahr hoffentlich erfolgen.



Entstehen wird ein Lebensmittelvollsortimenter mit einer Verkaufsfläche von maximal 1.200 m². Zusätzlich ist ein Bäcker/Bistro geplant, welcher eine Mietfläche von 120 m² und eine Verkaufsfläche von 30m² beinhaltet.

Positive Aspekte sind weiterhin, dass der Ashausener Mühlenbach nicht mehr verrohrt sein wird, sondern oberirdisch auf dem Gelände verläuft. Ausserdem wird eine fußläufige Verbindung von dem Gelände des Lebensmittel-einzelhandels hin zum Mühlenkamp hergerichtet.

Von den auf dem Gelände bestehenden 33 Bäume bleiben 22 bestehen, die zusätzlich noch besonders geschützt werden. Ferner werden diverse Bäume neu gepflanzt, insbesondere auf dem Gelände der Parkplätze und am Büllhorner Weg.

Die Gestaltung des Gebäudes in Farb- und Materialauswahl orientiert sich eng an die Vorgaben der örtlichen Bauverordnung Ashausen.

Ein kleiner Nebenaspekt: Werbeanlagen dürfen nur max. 8 Meter hoch sein.

Langjährige Bemühungen haben sich gelohnt. Endlich wird eine angemessene Nahversorgung für den Ortsteil geschaffen.

Bernd Henke
SPD – Fraktionsvorsitzender

Heinz-Dieter Adamczak
SPD Ratsmitglied

beide Mitglieder im
Finanzausschuss



Haushaltssatzung 2021

In der Ratssitzung am 02.12.2020 ist der Haushalt für 2021 beschlossen worden.

Mit einem Defizit von EUR 207.200 bei einem Haushaltsvolumen von EUR 18,5 Mio. gehen wir in das (Nach-)Coronajahr 2021. Wie im letzten, Jahr sind wir auch in diesem Jahr mit einem blauen Auge davongekommen.

Die SPD kann als besonderen Erfolg verzeichnen, dass nun endlich EUR 20.000 als Planungskosten für die Entwicklung des Rathausumfeldes eingeplant wurden. Wir kennen alle die nicht mehr hinnehmbaren Zustände für Mitarbeiter des Rathauses als auch für deren Besucher, insbesondere dann, wenn diese behindert sind. Eine nachhaltige Planung soll zu einem attraktiven Gemeindezentrum führen.

Ein weiterer Erfolg ist die Einplanung von EUR 10.000 Planungskosten, damit aktiv die Neuplanung einer Sporthalle angegangen werden kann. Hier wird eine intensive Zusammenarbeit zwischen TSV Stelle, Politik und Verwaltung erforderlich sein.



Bei allen neuen Ansätzen ist die Unterhaltung und Sanierung der Straßen nicht vergessen worden. Allein für die Unterhaltung der Straßen werden EUR 658.000 veranschlagt. Als besonderen Erfolg für die SPD möchte ich hervorheben, dass auf unseren Antrag hin überdies EUR 48.000 für die Sanierung der Gehwege in den Straßen Am Sandberg und HansasträÙe eingeplant werden. Gehwege sollten weiterhin in unserem Fokus bleiben, da die darin enthaltenen Stolperfallen, insbesondere für ältere Mitbürger, mit einer hohen Verletzungsgefahr verbunden sind.

Eine der höchsten Ausgabepositionen mit knapp EUR 3 Mio. sind die Bezuschussungen der Gemeinde für die Krippen, Kindertagesstätten und den Hort. Wir stehen zu diesen Ausgaben und legen überdies weiterhin Wert auf eine bestmögliche Betreuung der Kinder unserer Gemeinde.

Die SPD fordert, dass kein Kind mehr in auswärtigen Einrichtungen untergebracht werden muss, nur weil in Stelle kein Platz vorhanden ist.

E-Mobilität hat Zukunft – Auch in Stelle

Die SPD in Stelle unterstützt die weltweiten Forderungen nach einer sauberen Umwelt und einer Reduzierung der Treibhausgase. Deshalb sollte der Einsatz emissionsarmer Antriebe für PkW wo immer es geht, unterstützt werden.

Neben dem aktuell hohen Preis für Elektrofahrzeuge und der eingeschränkten Reichweite von Elektrofahrzeugen ist auch die unzureichende Ladeinfrastruktur ein Grund dafür, warum die Elektromobilität nur schleppend vorankommt. Daran will die SPD-Fraktion, zumindest was das Steller Gemeindegebiet betrifft, etwas ändern.

In einem Antrag an den Gemeinderat fordert daher die SPD-Fraktion im Steller Gemeinderat, dass die Anzahl von Ladesäulen im Steller Gemeindegebiet zügig ausgebaut wird. Einheimische und Besucher sollen so bessere Möglichkeiten erhalten, ihre Elektrofahrzeuge aufzuladen.

Die Gemeindeverwaltung soll daher geeignete Gemeindegrundstücke auf die Möglichkeit einer Installation von E-Ladesäulen für Autos und Fahrräder prüfen. Für die beiden Ratsmitglieder kommt da z. B. der Park-und-Ride-Parkplatz am Ehlersweg in Frage. Auch die Parkplätze am Rathaus wären ein denkbarer Standort. Vorstellbar ist, dass die Gemeinde auf die vorhandene Infrastruktur für die Straßenbeleuchtung zurückgreift. Wie und in welchem Umfang das technisch umsetzbar ist und ob es gar Fördergelder hierfür gibt, bedarf sicher einer weiteren Überprüfung

Der SPD-Fraktion ist es auch wichtig, dass bei der Ausgestaltung von Bebauungsplänen für Mehrfamilienhäusern als auch bei Versorgungszentren darauf zu achten ist, dass

zwingend Ladestationen für E-Autos und Fahrräder durch den Vorhabenträger eingerichtet werden müssen.

Entsprechende Regelungen müssten in Bebauungsplänen bzw. in Durchführungsverträgen verankert werden.



Private Ladestation

Nach intensiver Diskussion wurde im Bauausschuss (fast) einstimmig folgender Beschluss gefasst: Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Errichtung von Ladestationen im öffentlichen Raum für e-Autos als auch für e-Bikes zu überprüfen, hinsichtlich des

Betriebs von Ladestationen mit geeigneten (Energie-versorgungs-) Unternehmen in Kontakt zu treten, bei der Ausgestaltung von Bebauungsplänen bei Mehrfamilienhäusern als auch bei Versorgungszentren darauf zu achten, dass Ladestationen errichtet werden (wenn dies nicht bereits durch gesetzliche Regelungen vorgesehen ist – Regelungslücke).

Eine saubere Umwelt ist der SPD wichtig und sie handelt auch. Nur Reden, z. B. über die Feldgrille, hilft nicht.

**Die SPD fordert:
Die Gemeinde Stelle wird
Vorreiter für E-Ladestationen im gesamten Landkreis sein.**

Heinz-Dieter Adamczak
(Ratsmitglied in Stelle)



Das Anrufsammeltaxi (AST) läuft auch in Stelle – endlich!

Nach zähem Ringen ist es erreicht – auch in der Gemeinde Stelle kann das AST genutzt werden. Als letzte Gemeinde im Landkreis wird nun endlich auch in Stelle dieser Service angeboten.



Viele Bürger wurden durch die Verteilung von Flyern von dieser Neuerung informiert. Weitere Flyer liegen u.a. auch im Rathaus aus. Auch ein Internet- Auftritt ist geplant und wird kurzfristig verfügbar sein.

Ich freue mich über die nun erzielte erhöhte Mobilität der Mitbürger und wünsche dem AST stets steigende Kundenzahlen.

Bernd Henke
SPD-Fraktionsvorsitzender

Ein Leserbrief eines Insiders

Sehr geehrte Leserin und Leser,

Es kränkt in unseren Krankenhäusern an vielen Stellen.

Unter anderen wurde 2003 die Fallpauschalen eingeführt:

**DRG = Diagnosis Related Groups
= Fallpauschalen**

Es geht kurz gesagt darum Gewinne zu erwirtschaften. Dies geschieht, indem weniger und billigeres Personal mehr Patientinnen und Patienten versorgt.

Anhand von Diagnosen, durchgeführten Behandlungen, Alter, Geschlecht und Gewicht wird der/die Patient*in einer Fallgruppe zugeordnet, anhand dieser Fallgruppe wird berechnet wie hoch die finanziellen Einnahmen für das Krankenhaus sind.

Diese umfasst leider nicht den tatsächlichen Zeitraum in dem der Patient sich im Krankenhaus befindet, sondern nur die jeweilige Behandlung.

Kurz gesagt, geht es Ihnen nach der Behandlung immer noch schlecht so kann das Krankenhaus entscheiden, ob Sie 2-3 Tage länger bleiben und das Krankenhaus dies auf eigene Rechnung bezahlt, oder Patienten/innen werden früher als eigentlich medizinisch/pflegerisch notwendig entlassen.

Personal: „Weniger und billiger“

Dies gilt sowohl für Pflegekräfte als auch für Beschäftigte in der Wäscherei, Reinigung, Transportdienst, Küche und anderen Servicebereichen.

Patienten werden versorgt/behandelt und schnellstmöglich wieder entlassen, damit wie am Fließband die „Ware Mensch“ durchgeschleust werden kann.

Dies führt, wie sollte es anders sein dazu, dass immer mehr Mitarbeiter/innen Spät- und Nachtdienste leisten müssen damit die „Maschinerie“ am Laufen bleibt.



Damit wir als Bevölkerung weiter gut versorgt werden, aber auch die Menschen, die sich dafür entschieden haben im Gesundheitswesen zu arbeiten, weiterhin Ihre

Arbeit unter vernünftigen Bedingungen erbringen können, muss unsere Bundesregierung aktiver werden. Dies ist aus meiner Sicht nur unter folgenden Gesichtspunkten machbar.

- Leitungsbezogene Bezahlung des Personals
- Alternativen zum DRG-System
- Rechtliche Vorgaben zur Personalbesetzung innerhalb aller Stationen/Funktionsbereiche
-

Zur weiteren Erläuterung:

1.

Der ein oder andere mag jetzt behaupten „so schlecht verdienen die Pflegekräfte doch nicht“.

Ja damit haben Sie recht, nur vergleichen Sie das Gehalt einer Pflegekraft die im 3 Schichtsystem + Zulagen arbeitet mit einem Schichtarbeiter innerhalb unserer Autoindustrie.

Dann sieht die Welt ganz anders aus.

2.

Es muss eine Vergütung erfolgen die situativ an den jeweiligen Patienten angepasst werden kann.

Das Krankenhaus kann und darf nicht auf den Kosten sitzen bleiben, wenn zusätzliche Anwendungen oder ein zeitlicher Mehraufwand am Patienten entsteht, nur weil dies innerhalb der „Preisliste“ nicht kalkulierbar ist.

Wie uns die Geschichte bereits lehrte, wer einen Plan aufstellt und zwanghaft an diesen festhält ohne Nachbesserung durchzuführen, hat bereits verloren.

3.

Innerhalb von Intensivstationen gibt es bereits Vorgaben. Um die ständige Überbelastung zu senken, müssen diese innerhalb **aller** Behandlungsbereiche eingeführt werden.

Der Beruf insbesondere als Pflegekraft hat leider nicht den gesellschaftlichen Wert, den er haben sollte. Viele junge Menschen können sich nicht vorstellen, diesen Beruf auszuüben. Unter anderem weil es immer wieder heisst:

Wochenenddienst, Nachtschicht, aus der Freizeit holen, Urlaub verschieben usw. Nur wenn eine Grundkapazität an Personal vorhanden ist, ist auch ein gutes Arbeiten möglich.

Ich hoffe, Ihnen mit meinen Ausführungen vielleicht ein wenig die Augen geöffnet zu haben und dass die Wertschätzung, die viele Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu Beginn des Jahres hatten, nicht in Vergessenheit gerät, sondern einem immer wieder vor Augen geführt wird und auch innerhalb unserer Bundesregierung ein Umdenken stattfindet.

Mit freundlichen Grüßen
Tobias G. Oppermann

Abteilungsleiter der
Reinigung im
Klinikum Lüneburg.

Stellv. Ortsvereins-
vorsitzender SPD Stelle



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Ich hoffe, Sie sind gut durchs Jahr gekommen und werden die Festtage im Kreise Ihrer Lieben genießen können.

Jedes Jahr hat seine Herausforderungen.

Dieses Jahr war es vor allem die allgegenwärtige Corona-Pandemie, die enorme Auswirkung auf unser Leben und unsere Gemeinschaft hat und noch haben wird. Ich danke allen, die sich tapfer an die Corona-Regelungen halten, obwohl es uns allen einiges abverlangt. Vor allem danke ich den Menschen in den sozialen Berufen, auf dass wir im nächsten Jahr die Pandemie hoffentlich überstanden haben werden. Die Aussicht auf einen baldig verfügbaren Impfstoff lässt Grund zur Hoffnung. Wenn man dieser Pandemie überhaupt etwas Positives abgewinnen kann, dann wohl dass Sie uns verinnerlicht, auf was es im Leben ankommt. Sie wirkt wie ein Brennglas, auf die elementaren Herausforderungen, die uns für die kommenden Jahre bevorstehen.

Welche Lösungen haben wir auf die Klimakrise? Welche Lösungen haben wir auf die Frage der Ungleichheit der Verteilung des Vermögens? Welche Lösungen haben wir für die schlechten Arbeitsbedingungen für Menschen in sozialen Berufen. Welche Lösungen haben wir dafür, dass die westliche Art zu leben mit unendlichen Wachstum in einer Welt mit endlichen Ressourcen die Lebensgrundlage unserer Kinder und Kindeskiner zerstört?

Diese existenziellen Fragen betreffen uns alle und bestimmen unser Zusammenleben in der Gemeinschaft.

Wir sitzen alle im selben Boot.

Schon bevor ich vor über 16 Jahren in die SPD eingetreten bin, sah ich damals wie heute die Antworten auf diese Probleme in den Grundwerten der sozialen Demokratie:

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Selbst als Vorsitzender der SPD in Stelle, bin ich so manches Mal enttäuscht über das Tempo, in dem die Probleme angegangen werden. Aber bislang ist jede soziale Errungenschaft durch die Sozialdemokratie verwirklicht worden. Deshalb bin ich optimistisch, dass wir auch die anstehenden Herausforderungen meistern können, damit wir, unsere Kinder, Enkel und Urenkel auch in Zukunft unbeschwerte Weihnachten feiern können.

Ich wünsche Ihnen allen fröhliche Festtage und Gesundheit, Freude und Zuversicht für das kommende Jahr.

Florian Lünsmann
SPD-
Ortsvereinsvorsitzender

